

Fotos: Joachim Pampel



Am Zug der Erinnerung

Die Kundgebung, mit der Lichtenberg die historische Ausstellung begrüßte, habe ich verpasst. Denn die Besucher waren schon weit früher gekommen, und es waren viele Jugendliche dabei. Also hieß es anstehen. Nach einer Stunde hatten die geduldig Wartenden den Einstieg erreicht. Viele hatten Blumen mitgebracht, mit denen sie die Waggon schmückten, Musik klang über den Bahnsteig. So war eine festliche, vom antifaschistischen Geist getragene Stimmung entstanden.

An den Wänden der winzigen ehemaligen D-Zug-Abteile hängen Bilder und Biografien: von Kindern – mit der Bahn abtransportiert aus deutschen und österreichischen Städten, aus Frankreich und den Niederlanden, aus Polen, aus der Sowjetunion und anderen europäischen Ländern. Ihre Zahl ist unbekannt, auf jeden Fall waren es Hunderttausende, wahrscheinlich über eine Million. Jüdische Kinder, Sinti und Roma, Kinder von Widerstandskämpfern. Allein aus Berlin gingen 4646 Kinder „auf Transport“. Die Suche nach ihren Namen geht weiter.

Kleine Mädchen mit Haarschleifen, Jungen im Sportdress, Familien und Wandergruppen. Briefe in kindlicher Handschrift. Dreijährige, Fünfjährige, Zwölfjährige, ein Liebespärcchen, das gerade 16 war. Fast alle wurden sofort ermordet. Das ist eine der grausamsten Taten der Menschheitsgeschichte.

In den letzten Abteilen sind die Täter dokumentiert: damalige Chefs der Reichsbahn und des Verkehrsministeriums, ihr Briefwechsel mit den Gestapo-Dienststellen. Da rühmen sie sich – dass Tag für Tag ein Zug mit 5000 Deportierten „nach Osten“ unterwegs sei und pünktlich das Ziel erreiche. Kein Wort davon, dass mit Viehtransporten sorgsamer umgegangen wurde, damit deren wertvolle Fracht keinen Schaden nahm. In ein paar Filmsequenzen aus der Gegenwart tun sie natürlich völlig ahnungslos.

Eine Schande für die Deutsche Bahn sind die Schwierigkeiten, die sie diesem Zug in den Weg legte. Umso erfreulicher das große Interesse der Lichtenberger und tausender anderer Berliner. *Inge Junginger* (→ Beiträge S. 2)

Zukunft schreibt man mit „zu“!

Berlins erster Volksentscheid ist gescheitert. Nur 36,1 Prozent der Berliner haben ihr Recht auf Abstimmung wahrgenommen. Darüber freue sich, wer will. Die Demokratie lebt vom Mitmachen. Und die Chance, unmittelbar mitzuentcheiden, hat unserins nicht oft. DIE LINKE hat hart dafür gestritten. Jetzt wird sie wohl lernen müssen, künftig ebenso hart dafür zu streiten, dass die Bürger von ihren Rechten auch (den rechten) Gebrauch machen.

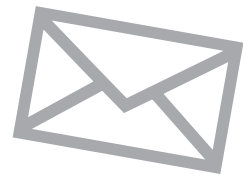
Die Ursachen für das offensichtliche Desinteresse der Bürger sind vielschichtig. So werden sich die meisten sicher gefragt haben: Wenn das Ergebnis, gleich, wie es ausfällt, sowieso nichts bewirkt, wozu dann abstimmen? Gregor Gysi warf zu Recht den Verfechtern des Pro-Tempelhof-Entscheids Betrug am Volke vor, denn dessen Ergebnis sei rechtlich gar nicht umsetzbar.

Die Pro-Flughafen-Lobby unterlag trotz des gewaltigen Finanz- und Materialeinsatzes, mit dem sie ihren Stimmenfang betrieb. Bei den Pflügers und Co. ging es längst nicht mehr darum, ob in Tempelhof weiter geflogen werden darf. Sie sahen vielmehr eine Chance, den rot-roten Senat in die politische Defensive zu drängen. Mit etwa 530 000 Pro-Flughafen-Stimmen fühlen sie sich gestärkt. Das kann vor allem die Berliner SPD treffen, zumal im Vorfeld der Volksabstimmung der Senat und hier besonders der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit eine völlig unangebrachte Arroganz der Macht an den Tag legte.

*„Zukunft schreibt man mit Ja“, plakatierte die Flughafenlobby inhaltlich wie sprachlich falsch. Der Wähler hat sie am 27. April korrigiert: Zukunft schreibt man in Tempelhof mit „zu“! *Martin Walter**

In dieser Ausgabe

- Tempelhof-Nachlese (Seite 3)
- Kampagne gegen die Lichtenberger LINKE gescheitert (Seite 4)
- Versammlung im Bus (Seite 5)
- Pflegenotstand (Seite 6)
- Mit Herz für Ostdeutschland (Seite 7)
- Kulturtipps aus dem Bezirk (Seite 8)



Und er bewegt sich doch!

Der „Zug der Erinnerung“ ist in Berlin angekommen. Tausende waren auf den Beinen und haben sich über die Geschichte der durch die Nazis deportierten Kinder und die Rolle der Täter ein Bild gemacht. Beklemmung, Erschütterung und Entsetzen – das waren die Reaktionen vieler Besucher angesichts der Schicksale von Opfern, aber auch der Zeugnislegung über die Täter in der ersten und zweiten Reihe. Kaum eine öffentliche und vom ehrenamtlichen Engagement getragene Ausstellung mobilisierte so viele Menschen. Das Andenken an die Geschichte der NS-Diktatur ist im Alltag verankert – das hat der „Zug der Erinnerung“ bewiesen.

Danke den Machern und Unterstützern, die mit Ehrgeiz, Courage und Willensstärke diese rollende Ausstellung möglich gemacht haben. Nachdem in Frankreich, Belgien und den Niederlanden ähnliche Ausstellungen Erfolge feierten, ist es also auch hier möglich, an die Opfer und Täter des Holocaust angemessen zu erinnern.

Beschämend und unwürdig ist es, wie die Bahn – immerhin noch ein öffentliches Unternehmen – ihrer Verantwortung als Nachfolgerin der Reichsbahn ausweicht. Während Tausende von Menschen Geld spendeten, viele bei Wind und Wetter anstanden und die Initiatoren seit November den Zug betreuen, tut die Bahn nichts anderes, als mit juristisch „korrekten“, aber höchst unmoralischen Geldforderungen und Einschränkungen die Arbeit der Initiatoren zu erschweren.

Wer so handelt, erweckt den Eindruck, nicht an seine Täterrolle erinnert werden zu wollen und aus Angst vor möglichen Image-schäden an kollektivem Gedächtnisverlust zu leiden. Dass dies heute, mehr als sechzig Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur, immer noch bei einem führenden deutschen Unternehmen festzustellen ist – das ist der eigentliche Skandal. *Daniel Tietze, Mitglied der Initiative „Zug nach Lichtenberg“*

Nur konsequent

Zum Beitrag „Rollende Ausstellung“ („info links“ 3/08) schrieb uns Ralf Berger: „... Im Übrigen verstehe ich die Kritik am Finanzgebaren der Bundesbahn nicht. Die Bahn handelt doch nur konsequent: Erst hat sie an den Vernichtungstransporten verdient, nun tut sie es am Gedenken daran. Jeder arbeitet eben Geschichte nach seinem Vermögen auf!“



Foto: Falke Loof

Am Anton-Saefkow-Platz und im Fennpfuhl-park gibt es an mehreren Stellen unschöne Schmierereien, besonders an den Skulpturen. Das ist schade, sagten sich ein paar Fleißige und gingen unter fachmännischer Anleitung ans Werk. Jetzt sind zumindest einige der Skulpturen von Schmierereien und Ablagerungen befreit. Hoffentlich hält dieser Zustand möglichst lange.

Sprechen Sie deutsch



Singleflughafen

In der Zeitung stand es: „Schönefeld wird der Singleflughafen Berlins.“ Das freut mich – denn ich lebe schon längere Zeit allein. Singlepartys und Singlereisen kenne ich schon, jetzt aber wird es einen Singleflughafen geben. Hurra, ein Hoch dem Erfinder!

Ich sehe es schon vor mir: Ich fliege in die Karibik. Schon beim Einchecken werden hübsche Frauen scharenweise um mich herumschwirren. Dann: Singleparty in 10000 Meter Höhe – 12 Stunden lang! In einem Singlehotel schlürfe ich einen Cocktail (mit Schirmchen!), und die ganze Nacht tanze ich – nein: tanzen wir – Salsa am Strand. Ein Traum!

Also, wenn das nur eine Zeitungsgente war, dann werd' ich sauer – aber richtig sauer!
Jörg Rückmann

Geistige Steinewerfer

Die Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) sei eine „vom Geist einer geschichtsverfälschenden DDR-Nostalgie und der Stasi-Verteidigung geprägte“ Organisation, bekräftigte die Lichtenberger SPD in einer Pressemitteilung vom 25. April. Abends zuvor hatte ihr gemeinsam mit der CDU eingebrachter Antrag, der vom Bezirksamt die Einstellung jeglicher Unterstützung für die GBM forderte, nicht die notwendige Mehrheit in der BVV gefunden.

SPD-Fraktionschef Manfred Becker drohte: „Das Abstimmungsergebnis in der BVV kann die LINKE nicht beruhigen.“ Am gleichen Abend warfen „unbekannte Täter“ mehrere Schaufensterscheiben der GBM-Geschäftsstelle in Lichtenberg ein. Wer oder was hat sie wohl dazu inspiriert?

Nachtrag: Meine Nachfrage bei der GBM ergab, dass keiner der Verordneten, die für den SPD/CDU-Antrag gestimmt hatten, der GBM gegenüber das Bedauern über den Anschlag ausgesprochen hat. *Martin Walter*

Gysis Bruchlandung

Warum nur werde ich den Verdacht nicht los, Herr Gysi, konnte – wieder einmal – besser schnell (daher)reden als gründlich nachdenken? Als Jurist und Politiker sollte er doch verinnerlicht haben, dass man sich erst sach- und rechtskundig macht, bevor man sich erklärt! Zu Tempelhof hat Hobbypilot Gysi jedenfalls eine klassische Bruchlandung hingelegt. Peinlich, peinlich ... *Horst Schumann*



Nicht verloren, aber nur halb gewonnen

Von Peter-Rudolf Zotl, MdA

Der erste Volksentscheid zu den unter Rot-Rot eingeführten Bedingungen ist gescheitert. Das ist positiv. Negativ ist, dass es allein am Desinteresse der Bevölkerung lag.

Die CDU verfälscht das Ergebnis zu einem „klaren Votum für Tempelhof“. Deshalb an die Adresse von Friedbert Pflüger: Auch Demokratie braucht Regeln, und die in Berlin gültigen haben alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses gemeinsam erarbeitet. DIE LINKE wollte niedrigere Quoren, die CDU höhere. Die Festlegungen in der Verfassung sind ein Kompromiss, den vor allem die CDU zu verantworten hat. Nun muss man das Ergebnis und die Regeln akzeptieren. So geht Demokratie, Herr Pflüger!

Weitere Plebiszite zu erwarten

Weitere Volksentscheide sind angekündigt, und sie haben durchaus Chancen. Das gilt besonders für die von den christlichen Kirchen getragene Initiative, den Religionsunterricht als Pflichtwahlfach – alternativ zum weltanschaulich neutralen Ethik-Unterricht – einzuführen. Aus den ersten Erfahrungen des Volksentscheids zu Tempelhof sind also für die Zukunft Lehren zu ziehen. Vor allem drei:

Zur Teilnahme motivieren

Als erstes ist deutlich erkennbar, dass es dem Aktionsbündnis für ein flugfreies Tempelhof nicht gelang – vor allem in den nordöstlichen Außenbezirken, in denen unser Einfluss kein geringer ist –, die Zukunft des Flughafens Tempelhof als Frage zu kommunizieren, die uns alle angeht. Das Kampagnen-Bündnis hatte viele, aber keine drei, vier einprägsame Argumente, dafür aber unattraktive Plakate. Gemeinsame Aktionen blieben rar. Das alles motivierte nicht.

Dass der Senat sofort die Unverbindlichkeit des Ergebnisses ansprach, war zwar ehrlich, veranlasste aber viele Gegner eines Weiterbetriebs von Tempelhof zur Nichtbeteiligung, weil ja keine Gefahr einer „echten“ Entscheidung bestand.

Drei statt hundert Argumente

Zweitens kristallisierten sich schnell drei Fragen heraus, die in den Mittelpunkt aller Debatten rückten, von uns aber nur ungenügend ebenso zentral „bedient“ wurden: Wird mit der Schließung des Flughafens Tempelhof ein

wichtiges Kapitel (West-)Berliner Identität ausgelöscht? Was passiert nach seiner Schließung mit dem 380 ha großen Tempelhofer Feld? Was kann dieser Volksentscheid rechtlich bewirken und was nicht?

Natürlich wurden solche Fragen auch beantwortet, aber eben nur *auch*. Sie gingen eher unter in der Vielfalt von durchaus richtigen Aussagen und Argumenten. Dadurch wurde es Pro-Tempelhof leicht gemacht, immer wieder die eigenen falschen Antworten auf diese Fragen relativ unwidersprochen in den Raum zu stellen.

Aber auch die von Unkenntnis über die Rechtslage getragenen Äußerungen Gregor Gysis und Lothar Biskys verunsicherten erheblich. Kurz: Das Vorgehen von Senat und Tempelhof-Gegnern ließ oft ein Mindestmaß an Professionalität vermissen.

Halblügen sofort benennen

Drittens hatte die Pro-Tempelhof-Kampagne mit Professionalität, Geld und faulen „Argumenten“ Tempelhof zu einer Grundsatzfrage bedrohter Westberliner Identität gemacht. Das klappte, auch wenn es nicht reichte.



Foto: Joachim Pampel

Aufklärung statt Arroganz

Dass sich der Volksentscheid gegen Verwaltungsvollzug richtete und demzufolge nur appellative Wirkung haben konnte, wurde nicht überzeugend vermittelt. Wie auch die Tatsache, dass Berlin nicht einseitig eine Vereinbarung aufkündigen kann, die gemeinsam mit dem Bund und dem Land Brandenburg getroffen wurde. Hinzu kam das arrogante Verhalten des Regierenden Bürgermeisters.

Es war falsch, sich lange Zeit nicht mit den „Argumenten“ der Flughafenbefürworter zu befassen und wenige Tage vor dem Volksentscheid bereits den Flächennutzungsplan zu ändern. Das ließ den Schluss zu, den Senat interessiere das Ergebnis des Volksentscheids nicht. So wuchsen die Empörung und auch der Wille, es „Wowereit einmal richtig zeigen zu wollen“.

DIE LINKE für ein flugfreies Tempelhof; auch die „info links“ wurde an den vielen Infoständen gern mitgenommen.

Da die CDU auch die Unterstützung der „Pro-Reli-Initiative“ angekündigt hat, wissen wir jetzt, wozu sie bereit ist, wenn es darum geht, Themen zu besetzen, um eigene Positionen zurückzugewinnen. Auch da wird es ein Gespinnst von Halblügen und Viertelwahrheiten geben, das ist jetzt schon sicher.

Fazit: Wir haben ohne Wenn und Aber ein Ergebnis, das die Schließung von Tempelhof basisdemokratisch legitimiert. Aber es wäre fast schiefgegangen – und das weniger durch die Stärken der anderen, sondern mehr durch die Schwächen von uns. Dass man da noch ein zweites Mal so davonkommt, ist durch nichts garantiert. Deshalb muss aus diesem Volksentscheid gelernt werden.



Kampagne gescheitert

25 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen. Mit dem knappsten aller möglichen Ergebnisse, scheiterte in der April-Tagung der BVV der gemeinsame Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU „Keine stasinahe Vereine in bezirklichen Einrichtungen“. Die Ja-Stimmen kamen aus den einreichenden Fraktionen sowie von Bezirksverordneten von Bündnis 90/Die Grünen, FDP und NPD. Mit Nein hatten alle 24 Bezirksverordneten der Fraktion DIE LINKE sowie der Verordnete der WAS-B gestimmt. Zwei Bündnis-Grüne enthielten sich.

Worum ging es? In der März-Sitzung der BVV fragte Herr Deutschmann (SPD) die Stadträtin für Kultur Katrin Framke (für DIE LINKE) nach der Legitimation der Rentenberatung in der Bodo-Uhse-Bibliothek, die seit 1992 von Angehörigen der GBM durchgeführt wird. Der damals verantwortliche Stadtrat kam aus der SPD. Herr Deutschmann kritisierte auch einen Flyer der GBM, der im Rathaus für ein Lexikon „Künstler in der DDR“ wirbt.

Unsere Fraktion und der Bezirksvorstand sahen und sehen darin keine „fortgesetzte Stasi-Aktivität“. Aber wir sehen die seit März losgetretene Kampagne als gegen die Stadträtin und gegen die Bürgermeisterin und damit gegen DIE LINKE gerichtet.

Aber: „Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit sind in der Bundesrepublik Deutschland mit die höchsten Rechtsgüter“, erklärte Christian Petermann, Fraktionsvorsitzender der LINKEN. „Eine Einschränkung dieser Freiheiten kann nur auf

Grundlage einer festgestellten Verfassungsfeindlichkeit und eines aktiv-kämpferischen Vorgehens gegen die Verfassung erfolgen.“ Dieser Grundsatz gelte auch für den Bezirk Lichtenberg. „Dann kann aber dem Bezirksamt die Zusammenarbeit mit Vereinen nur auf der Grundlage der festgestellten Verfassungsfeindlichkeit entzogen werden.“

Und Professor Jürgen Hofmann (DIE LINKE) fragte die Antragsteller, ob das Bezirksamt künftig im Bezirk tätige Vereine bewerten, also eine Liste „ähnlicher Vereine und Organisationen“ (Antragstext) aufstellen solle.

Christina Zühlke

Ein Club ohne Drogen

... lautet der Auftrag an das Bezirksamt. Das ist ein Ergebnis des Lichtenberger Bürgerhaushaltes 2009. Die BVV hat am 24. April mehrheitlich beschlossen, wie es mit den Vorschlägen der Einwohner weitergeht. Mit diesem Ergebnis beschäftigt sich die BVV nach der Sommerpause. Grundsätzlich werden alle Vorschläge im Haushalt 2009 berücksichtigt.

Die SPD wollte ursprünglich mehrere Vorschläge streichen (z. B. bessere Ausstattung von Parks mit Müllbehältern oder die Pflanzung von Straßenbäumen). Nach mehreren Wochen Auseinandersetzungen konnte auch sie sich nicht mehr verweigern. Natürlich kostet auch ein Müllbehälter Geld. Doch mit den konkreten Ideen der Einreicher lassen sich die vorhandenen Gelder zielgenau und wie es die Bürger wollen, einsetzen. Das freut auch mich als Haushälterin.

*Hendrikje Klein,
Haushaltspolitische Sprecherin*



Foto: privat

Der St. Petersburger Bildhauer Wladimir Dadon (rechts) hat das „Denkmal für die Friedensbringer der Sowjetarmee“ in der Nöldnerstraße repariert. Die Mädchen und Jungen aus der Klasse 5a der Schule in der Victoriastadt will jetzt immer mal vorbeischauen und den Zustand kontrollieren – nicht zuletzt, weil dieses Denkmal den Rechtsextremen schon immer ein Dorn im Auge war. Rafael Arutyunyan von der Russischen Botschaft sagt: „Ich finde diese Initiative vorbildlich.“

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Geld vom Straßenrand

127700 Euro erbrachte am 11. März eine Versteigerung von 251 Fahrzeugen im Bezirksamt. Sie stammen aus dem Fachbereich Fahrzeugbeseitigung. Dort sind berlinweit im 1. Quartal 2008 allein 4691 Anzeigen z. B. wegen Autowracks und Fahrzeugen eingegangen, die ohne gültiges Nummernschild abgestellt worden waren.

Mehr Besucher

20219 Gäste – ein Drittel mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres – besuchten im 1. Quartal 2008 die Kunst- und Kulturinstitutionen des Bezirkes. Sie nahmen an 632 Veranstaltungen und Kursen teil.

Weniger Einwohner

250811 Einwohner zählte Lichtenberg Ende 2007, davon 151058 im Altbezirk Lichtenberg und 99765 in Hohenschönhausen. Die Einwohnerzahl ist leicht rückläufig. Der Altersdurchschnitt im Bezirk steigt kontinuierlich, aber es gibt auch stetigen Zuwachs.

Überweg für Rollstuhlfahrer

Der Fußgängerüberweg Buchberger Straße wird für Rollstuhlfahrer benutzbar, teilte die Bezirksbürgermeisterin in ihrem Bericht für das 1. Quartal 2008 mit. Die Deutsche Bahn AG wird dafür einen Zaun, der auf öffentlichem Straßenland steht, zurücksetzen. Ein Termin dafür steht aber noch nicht fest.

Jugendclubs bedarfsgerecht

Alle 17 zu Jahresbeginn 2008 an freie Träger übertragenen Jugendfreizeiteinrichtungen haben ihre Personalausstattung abgeschlossen. „Sie entwickeln bedarfsgerechte Angebote“, teilt Jugendstadtrat Räßler-Wolff mit. 5 Einrichtungen haben ihre Öffnungszeiten erweitert.

Tiersammelbilanz

468 Hunde, 310 Katzen und 110 andere Tiere sind allein im ersten Viertel dieses Jahres vom Bereich Tierfang des Bezirksamtes im Tierheim Falkenberg abgegeben worden. Dafür waren in ganz Berlin 733 Einsätze erforderlich.

SPD Lichtenberg im Trauma

Die Lichtenberger SPD hat, so scheint es, mit einem Trauma zu kämpfen, das sie schier verzweifeln lässt: Sie kann es partout nicht verwenden, dass es ihr nach der letzten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung nicht gelungen ist, stärkste Fraktion zu werden und damit den Anspruch auf das Bürgermeisteramt zu erringen.

In der Januarausgabe 2007 des SPD-Informationsblattes „Fraktion vor Ort“ war zu lesen: „Wir hätten ihn schon gern gehabt: einen sozialdemokratischen Lichtenberger Bürgermeister Andreas Geisel!“ Und weiter schrieb Manfred Becker, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV, nachdem es zu einer Vereinbarung mit der damaligen Linkspartei.PDS gekommen war: „Gewissermaßen sind wir jetzt auch Regierungspartei in Lichtenberg mit erhöhter Verantwortung für den Bezirk. Mancher von uns wird deshalb Rededuelle mit der Linkspartei vermissen, die uns als Lieblingsgegner abhanden gekommen ist.“ Leider

ist diese damalige Erkenntnis zunehmend dem Bestreben gewichen, in einen permanenten Wahlkampf mit der LINKEN zu treten.

Da werden – ein Beispiel aus der jüngsten Zeit – „besorgte Bürger“ über die Rentenberatung der „Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde (GBM)“ bemüht. Bekanntlich wurden „besorgte Bürger“ auch schon zu DDR-Zeiten immer wieder gern in Anspruch genommen, wenn das Politbüro dem „Klassenfeind“ eins auswaschen wollte. Das ist zu Recht nicht selten belächelt worden.

Zu wünschen ist, dass die SPD in Lichtenberg endlich ihr Trauma überwindet. 2011 ist Gelegenheit genug, in einem fairen Wahlkampf erneut um den Bürgermeisterposten zu kämpfen. Bis dahin sollten LINKE und SPD als die beiden stärksten Parteien in der BVV um die besten Lösungen der Probleme der Lichtenberger ringen. Die Lichtenberger SPD möge es mir nachsehen, wenn ich – sollte sie ihren gegenwärtigen Politikstil fortsetzen – nicht so recht daran glauben kann, dass es ihr bei den nächsten Wahlen gelingt, ihren Traum von einem Bürgermeister zu verwirklichen.

Michael Stadler

Großes Dankeschön

Bei einer Wahlbeteiligung von 36,1 Prozent haben nur knapp 22 Prozent der Berliner für die Offenhaltung Tempelhofs votiert. Damit ist der Volksentscheid gescheitert.

In Lichtenberg lag die Wahlbeteiligung bei 24,4 Prozent – nur in Marzahn-Hellersdorf war sie (23,1%) noch niedriger. 69,4 Prozent der Lichtenberger haben mit Nein gestimmt. Das ist berlinweit das höchste Ergebnis.

Mit Unterstützung zahlreicher Mitglieder und Sympathisanten haben wir mehr als 2 100 Plakate gehängt, 35 000 Bürgerbriefe in die Briefkästen gesteckt und an 15 Infoständen Argumentationen gegen die Offenhaltung von Tempelhof verteilt. Dafür spricht der Bezirksvorstand der LINKEN allen Akteuren seinen herzlichen Dank aus!

Abschließend noch eine Bitte: An einigen Stellen hängen noch Plakate – bitte schnellstmöglich abhängen und in die Geschäftsstelle bzw. das Wahlkreisbüro bringen.

Wolfgang Schmidt

Lichtenberger Sonntagsgespräch:

„Über den Cottbuser Parteitag“, mit Dr. Gesine Löttsch, MdB, **Sonntag, 1.6., 10 Uhr**, Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14

Versammlung im Bus

Die Mitglieder des Sprecherratsbereiches 52 (Mellensee-/Dolgenseestraße) und angrenzender Basisorganisationen charterten für ihre April-Versammlung einen Bus für eine thematische Stadtrundfahrt, an der auch Evrim Baba, MdA und stellv. Bezirksvorsitzende, teilnahm. Sie erläuterte anschaulich die politischen und wirtschaftlichen Probleme der Integration von Migranten. Peter Krull erklärte Straßennamen, zeigte interessante Gebäude und frische so unser Wissen über die Geschichte der Arbeiterbewegung sowie über Persönlichkeiten aus Politik und Kultur auf.

Am Gleis 17 im Bahnhof Grunewald gedachten wir der von dort in die Vernichtungslager transportierten Berliner Juden. An sie erinnern auch die noch spärlich über die Stadt verteilten „Stolpersteine“.

Auf der Rückfahrt berichtete Helmut Hirsch über den Widerstandskampf seines Vaters Paul Hirsch in der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Helmut Hirsch appellierte an uns, die neue Initiative „Stolpersteine für den Arbeiterwiderstand“ zu unterstützen. Dafür wurden spontan 350 Euro gespendet.

Nach Zuschriften von Ingeborg und Gunter Eckert, Ulla Sonnenschmidt und Renate Weiß

● **Spendenkonto** VVN/BdA: Nr. 315 904 105, Berlin Postbank, BLZ 10010010

Veranstaltungen

- **Dienstag, 13.5., 17 Uhr**
Sprechstunde der Bezirksbürgermeisterin; Rathaus Lichtenberg
- **Mittwoch, 14.5., 18.30 Uhr**
Treffen der Landes-AG Rechtsextremismus; Karl-Liebknecht-Haus
- **Sonnabend, 17. Mai, 10 Uhr**
Kiezspaziergang/Busfahrt mit Christina Emmrich durch Lichtenberg; ab Rathaus Lichtenberg
- **Dienstag, 20.5., 19 Uhr***
Beratung mit den Leitern der Wahlkreisaktive und den Sprecherräten
- **Mittwoch, 21.5., 18.30 Uhr****
Beratung mit den Sprechern Hohenschönhausen
- **Donnerstag, 22.5., 18 Uhr***
Tagung der AG Strukturen beim BV
- **Donnerstag, 22.5., 18.30 Uhr**
Bürgerforum mit Prof. Christa Luft: „Sozialismus – wie kann die Alternative zum Kapitalismus gelingen?“; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonnabend, 7.6.**
„Klimaschutz – linke Perspektiven für die Zukunft Berlins“; Max-Taut-Schule, Fischerstraße 36

Veranstaltungsort:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Gedenken an Artur Becker

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Ermordung von Artur Becker nahm der Bezirksvorstand der LINKEN in Lichtenberg eine Anregung der Basisorganisation 316 auf: An der einzig verbliebenen Erinnerungstätte für Artur Becker (Ecke Konrad-Wolf-/Degnerstraße) wird am **16. Mai um 17.00 Uhr** ein ehrendes Gedenken an Artur Becker stattfinden.

Gemeinsam mit Spanienkämpfern und weiteren Antifaschisten soll der Einheitsfrontgedanke Artur Beckers aufgegriffen werden: Angesichts des damals aufkommenden Faschismus wie auch des heute wieder erstarkenden Rechtsextremismus kann es gar nicht genug übergreifenden Antifaschismus, demokratische Gesinnung sowie gemeinsame Zeichen und Aktionen gegen Faschismus und Neofaschismus geben.

Der Bezirksvorstand Lichtenberg der Partei DIE LINKE ruft auf, sich an dieser Veranstaltung rege zu beteiligen.

Pflegenotstand

Ein Gespräch mit Stefanie Schulze, Vorsitzende des Gesundheits- und Sozialausschusses im Abgeordnetenhaus von Berlin. Die Fragen stellte Peter-Rudolf Zottl.

● **„info links“:** Was ist Pflegenotstand?
 ● **St. Schulze:** Die demografische Entwicklung und die veränderten Familienstrukturen führen zu einem größeren Bedarf an Pflegeangeboten, der zurzeit weder in der Anzahl noch in der Qualität abgedeckt werden kann. Hinzu kommt, dass die Pflegequalität – wie vieles im Sozial- und Gesundheitswesen – immer mehr von den finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen abhängt. Der Begriff „Notstand“ umreißt also quantitative und qualitative, politische und fachliche Probleme.

● **„info links“:** Was tut die Bundesregierung?
 ● **St. Schulze:** Die Bundesregierung hat eine nachhaltige Reform der Pflegeversicherung angekündigt. Mit dieser Reform wurden die Erwartungen verbunden, dass die ambulanten und stationären Pflegeangebote endlich den individuellen Bedürfnissen entsprechend verbessert und vernetzt sowie nachhaltig finanziert werden können. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist mehr als fraglich, zumal die finanziellen Belastungen für die Betroffenen nicht geringer, sondern größer werden.

● **„info links“:** Wie ist die aktuelle Situation in Berlin, wo Rot-Rot regiert?

● **St. Schulze:** Einerseits gibt es auch hier alle Konflikte wie im ganzen Land, nur jeweils in einer weitaus größeren Dimension. Andererseits liegen Sozial- und Gesundheitspolitik seit 2001 in den Händen der Linkspartei, und da ist vieles geschehen, was sich insgesamt positiv auswirkt, weswegen unsere Stadt in vielen Vergleichen vorn liegt.

● **„info links“:** Zum Beispiel?

● **St. Schulze:** In Berlin verfügen wir bereits seit einiger Zeit über ein in sich gewachsenes Beratungs- und Versorgungssystem, dem mit seinen vernetzten Strukturen bundesweit eine Vorreiterrolle zukommt. Eine besondere Rolle spielen hierbei die Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“, die umfangreiche Beratungsfunktionen auf dem Gebiet der Altenhilfe wahrnehmen.

Hervorzuheben ist auch der Runde Tisch „Pflegequalität“, der im Frühjahr 2007 eingerichtet wurde. Von ihm ging eine Qualitäts-offensive in der Pflege aus. Pflegeeinrichtungen lassen sich regelmäßig nach objektiven Kriterien überprüfen und machen freiwillig – einen Zwang lassen die Bundesgesetze nicht zu – ihre Ergebnisse öffentlich. Wer also eine

Foto: Jörg Rückmann



Pflegeeinrichtung sucht, kann sich umfassend über die Zertifizierung der Einrichtungen informieren. Das schafft Transparenz und einen gesunden Wettbewerb, denn natürlich will jede Einrichtung den hohen Maßstäben entsprechen. Und das ist gut für die Betroffenen.

Wir sind dabei, entsprechend den differenzierten Bedürfnissen und dem Grundsatz „Ambulant geht vor stationär“ die bereits vorhandene ambulante professionelle Pflege, die Mobilitätshilfedienste, das Hausnotrufsystem, die Mahlzeitendienste, die ehrenamtlichen Besucherdienste sowie die Tages- und Kurzzeitpflege auszubauen.

Und wir unterstützen in Berlin auch neue Wohn- und Lebensformen für Betroffene – von Mehrgenerationenhäusern bis zu speziellen betreuten Wohngemeinschaften, z. B. für Demenzkranke, um Heimunterbringungen solange es geht zu vermeiden.

● **„info links“:** Worauf legt Rot-Rot für die Zukunft besondere Aufmerksamkeit?

● **St. Schulze:** Auf den flächendeckenden Auf- und Ausbau von komplexen Pflegestützpunkten. Hier sollen von ausgebildeten Fallmanagern bzw. Pflegebegleitern, die von den Pflegekassen bezahlt werden, für jede bzw. jeden Betroffenen spezielle Beratungs- und Informationsangebote wohnortnah angeboten, besser aufeinander abgestimmt und mit dem Ziel vernetzt werden, möglichst alles aus einer Hand anzubieten.

● **Infos unter:**

www.berlin.de/pflege/angebote/ambulant

Steffi Schulze: „Bei der Pflege hat sich in Berlin schon einiges getan.“

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 25. Mai, 17 Uhr, WBG „Humboldt-Universität“, Warnitzer Straße 13
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 15. Mai, 17 Uhr, Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 21. Mai, 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 4. Juni, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, AGH
- **Mari Weiß** (über Solid und die Landesliste ins AGH gekommen) ist nach Friedrichshain verzogen, wo jetzt der Hauptschwerpunkt ihrer lokalen politischen Aktivitäten liegt.
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zottl:** ☎ 0151-1560 2356, 19. Mai, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus (Raum 417 a), sowie am 21. Mai, 17 Uhr, Kieztreff, Anna-Ebermann-Straße 26

Gern kommen wir auch in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Mit Herz für Ostdeutschland

Von Gesine Löttsch, MdB

Ende April hatte unsere Fraktion nach Dresden eingeladen, um über die Situation und Perspektiven Ostdeutschlands zu diskutieren. Einige Berichterstatter – aber auch politische Mitstreiter – fragten, ob es überhaupt noch zeitgemäß wäre, fast 20 Jahre nach der Maueröffnung eine Ostdeutschlandkonferenz zu machen. Probleme gebe es schließlich auch im Westen.

1989: Abbruch im Westen

Das Jahr 1989 markiert nicht nur das Ende der DDR, sondern auch das Ende vom Ringen um Veränderungen in der Alt-BRD. Im Podium „Zukunft des Sozialen“ erinnerte Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, daran, dass in Westdeutschland bereits in den 80er Jahren die zunehmenden sozialen Verwerfungen thematisiert wurden. Diese Debatte fand ein ebenso abruptes Ende wie die Diskussion um die Veränderung des Wissenschaftssystems, das vom damaligen Wissenschaftsrat als im Kern verrottet bezeichnet wurde. Und genau dieses System wurde dann 1:1 auf den Osten übertragen. Für Berlin (West) bedeutete die Maueröffnung das Ende der rot-grünen Koalition.

Nachbau West gescheitert

Die Vorstellung, in kurzer Zeit den Osten zum „Neuwesten“ zu wandeln, hat sich erledigt. Auch die Zustimmung im Westen für die deutsche Einheit sinkt. Man hat den Westdeutschen, wie Gregor Gysi sagte, nie die Chance gegeben, Positives aus dem Osten kennenzulernen, keine Polikliniken, keine Gemein-

schaftsschulen, keine Kindergärten mit Erzieherinnen aus der Fachschule. Hätten sie aus der deutschen Einheit Vorteile ziehen können, wäre die Situation anders.

Wissenschaft ist gefragt

Aus Sicht der LINKEN, das hob Oskar Lafontaine hervor, sind Wissenschaft und Forschung eine wichtige Basis für zukünftige Entwicklungen. So ist es völlig inakzeptabel, dass aus der 1,9 Milliarden Euro schweren Exzellenzinitiative gerade einmal vier Prozent in den Osten fließen.

Sicherheit und Gerechtigkeit.“ Wir brauchen auch einen wirklichen Ostbeauftragten der Bundesregierung und einen „Ost-TÜV“ für alle Gesetze und Verordnungen.

Tempelhof im Bundestag

Dass es bei dem Volksentscheid über eine Offenhaltung des Flughafens Tempelhof immer mehr um eine Kampagne – insbesondere der CDU, aber auch der FDP – gegen Rot-Rot in Berlin ging, hatte sich bis in den Bundestag herumgesprochen. Darum meinten auch Vertreter dieser Fraktionen im Bundestag, Ab-



Gesine Löttsch während der Diskussion auf der Ostdeutschlandkonferenz in Dresden.

Aber auch die Wissenschaft selbst ist gefragt. Peer Pasternack, Forschungsdirektor des Instituts für Hochschulforschung der Uni Halle-Wittenberg, kritisierte, dass an keiner ostdeutschen Universität zu den Schrumpfungprozessen im Osten geforscht wird.

Demokratie und Selbstbewusstsein

Wichtiger Bestandteil unserer Konferenz war die Würdigung von Projekten gegen Rechtsextremismus. Dabei wurden wir von Fußballweltmeisterin Anja Mittag unterstützt. Wir waren beeindruckt, mit welchem Engagement und gegen welche Widerstände der „Zuständigen“ vor allem junge Leute für Demokratie kämpfen. Gregor Gysi sagte zum Schluss: „Wir brauchen die Einheit von Freiheit, sozialer

geordneten der LINKEN bei passenden und unpassenden Themen Fragen zu Tempelhof stellen zu müssen. Besonders dreist mischte sich Bundeskanzlerin Merkel ein, die die Offenhaltung von Tempelhof forderte. Sie hatte offenbar vergessen, dass 1996 die Bundesregierung sowie die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg gemeinsam den Konsensbeschluss zum Bau des BBI in Schönefeld und zur Schließung von Tempelhof und Tegel unterschrieben hatten.

Einer allerdings patzte und versetzte wiederum seine Partei in Aufregung. Finanzminister Steinbrück ließ erklären, dass die Bundesregierung eine Offenhaltung von Tempelhof mitfinanzieren könne. Meine Frage nach den haushaltsrechtlichen Grundlagen beantwortete mir das Finanzministerium allerdings erst einen Tag nach dem Volksentscheid: Die Frage habe sich ja nun erledigt.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunde:**
Montag, 20. Mai, 17 Uhr,
Bürgerbüro (bitte anmelden!),
und nach Vereinbarung

Sehr gern kommt Dr. Gesine Löttsch in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet sie ein!**



Zeitzeugin des Krieges

Bis zum 6. Juli zeigt das Deutsch-Russische Museum die Sonderausstellung „Antonina Aleksandrowna Nikiforowa“. Es handelt sich um den Nachlass einer in St. Petersburg geborenen russischen Ärztin (1907–2001), die als Zeitzeugin Oktoberrevolution, Großen Vaterländischen Krieg, Stalinismus – die Sowjetunion bis zu ihrer Auflösung erlebt hat. Als Angehörige der Roten Armee wurde sie im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gefangen gehalten. Diese Jahre prägten sie. Sie machte es sich fortan zur Lebensaufgabe, über die NS-Verbrechen aufzuklären. A. A. Nikiforowa sammelte Briefe und Materialien zu Kriegsgefangenschaft und KZ, knüpfte Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen in Frankreich, Polen, in der DDR, schrieb Bücher.

Aus dem umfangreichen Nachlass dieser ungewöhnlichen Frau hat die Gedenkstätte Ravensbrück eine beeindruckende Wanderausstellung gestaltet. Ich könnte mir vorstellen, dass diese, in Schulen Lichtenbergs gezeigt, zu einem besseren Geschichtsverständnis beitragen könnte.

Inge Uesseler



Ein Blick in die Ausstellung im Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst

Gegen das Vergessen

Am 10. Mai vor 75 Jahren brannten in Berlin und 21 anderen deutschen Städten Bücher von 131 Autoren, die auf einer ersten „Schwarzen Liste“ standen. Bald kamen die Werke von 108 weiteren Schriftstellern hinzu. Das waren die ersten Schritte, mit denen die Nazis diese Bücher, Gedichte und Texte aus den Köpfen der deutschen Bevölkerung löschen wollten.

Die Stadtbibliothek Berlin-Lichtenberg will daran erinnern. Die im Bestand der vier Bibliotheken vorhandenen Bücher dieser Autoren werden mit einem Eindruck versehen, der auf die Bücherverbrennungen von 1933 hinweist und mit den Worten Heinrich Heines mahnt: „... dort, wo Bücher verbrannt werden, verbrennt man am Ende auch Men-

schen“. Mitarbeiter des Büros der Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Lötzsch werden die Auszubildenden des Fachbereichs Bibliotheken dabei unterstützen.

Alle vier Lichtenberger Bibliotheken bieten Veranstaltungen zu diesem Thema an, zum Beispiel am 21. Mai für Schüler der Sekundarstufe II in der Bodo-Uhse-Bibliothek und in der Anna-Seghers-Bibliothek. Der Rezipient und Autor Gerd Berghofer spricht in seinem Programm „Gestatten Sie, dass ich still bin – die verbrannten Dichter“ über die Vorgänge im Mai 1933 und gewährt Einblicke in Leben und Werk betroffener Autoren wie Erich Kästner und Kurt Tucholsky.

• Weitere Infos:

www.stadtbibliothek-berlin-lichtenberg oder unter Telefon 92 79 64 16

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 4/08: 2.5.2008

Redaktionssitzungen für Ausgabe 5/08:

Donnerstag, 15.5., Mittwoch, 28.5., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 25.5.

Die nächste Ausgabe erscheint am 5.6.2008

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Freitag, 9.5., 17.30 Uhr**
Renn(feier)abend zum Pfingstaufakt
Trabrennbahn Karlshorst, Eintritt frei
- **Montag, 12.5., 14–18 Uhr**
„Pfingstpower am Schloss“, Förderverein
Schloss Hohenschönhausen e. V., Haupt-
straße 44, 13055 Berlin
- **Mittwoch, 14.5., 14.30 Uhr**
Bajankonzert, Seniorenbegegnungsstätte
„Rusche 43“, U-Bhf. Magdalenenstraße
- **Mittwoch, 14.5., 14.30 Uhr**
Tanz in den Mai; Seniorenbegegnungs-
stätte, Hönower Straße 30a
- **Montag, 19.5., 19 Uhr**
Jazz-Treff Karlshorst; Nachlese vom Dixie-
land-Festival in Dresden (Karte: 17 €);
Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Dienstag, 20.5., 18 Uhr**
11. Lichtenberger Lesebühne: „Glück ist
das Ende aller Poesie“, es liest Roland
Lampe, Kostenbeitrag 1 €; Bodo-Uhse-
Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9
- **Freitag, 23. Mai, 14–21 Uhr**
6. Jugendkulturtag im und am Rathaus
Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Freitag, 23.5., 19 Uhr**
„Wir gehen fremd – Griechenland“: Musik
und griechische Küche, Eintritt 12 € (inkl.
Speisen), Vorverkauf: Telefon 96 27 71 13;
Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Freitag, 30.5., 20 Uhr**
1. Hofkonzert, Kleinkunst und Comedy;
Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Freitag, 6.6., bis Sonntag, 8.6.**
Deutsch-Russische Festtage auf der Trab-
rennbahn Karlshorst
- **Ausstellungen**
→ **Sonntag, 25.5., 11 Uhr**
Ausstellungseröffnung: „Asoziale“ und
Bettler im Nationalsozialismus; Museum
Lichtenberg, Türschmidtstraße 24
→ **noch bis Freitag, 30.5.**
„Mein Märchen“, eine Ausstellung von
Schülern der 4. Klasse der Katholischen
Grundschule Lichtenberg; Egon-Erwin-
Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149
→ **noch bis Dienstag, 3.6.**
Fotografie mit der Lockkamera, von
P. Manzone, N. Lazzarini, M. Beltrambini
(Italien), in Zusammenarbeit mit dem
italienischen Kulturinstitut Berlin, Kultur-
haus Karlshorst, Treskowallee 112
→ **noch bis Sonntag, 8.6.**
„ISRAEL NOW – zeitgenössische Fotografie
aus Israel“; studio im hochhaus, Zingster
Straße 25